

	CDU/CSU	Grüne	SPD	FDP	Die Linke
Klimapolitik					
CO ₂ -Reduktion	Reduktion um 65% (ggü. 1990) bis 2030; 88% bis 2040 und 100% bis 2050	70% bis 2030; klimaneutral bis 2040	88% bis 2040	keine Anpassung	80% bis 2030
CO ₂ -Bepreisung	Emissionshandel soll ausgebaut werden	mind. 60 Euro/Tonne CO ₂ Abgabe	Ausweitung	Emissionshandel als zentrales Element, inkl. EU-Grenzabgabe	Emissionshandel wird abgelehnt
Verbrennungsmotor	keine Beschränkungen	keine Neuzulassungen nach 2030	keine Beschränkung, mind. 15 Mio. E-Autos bis 2030	keine Beschränkung, keine Subventionen für E-Autos	keine Neuzulassungen nach 2030
Andere Maßnahmen	Kohleausstieg unverändert bis 2038	100% erneuerbare Energien bis 2035; Kohleausstieg bis 2030	Kohleausstieg unverändert bis 2038	Vermehrtes Geo-Engineering, Nutzung von CO ₂ -Senken	Kohleausstieg bis 2030
Steuern					
Einkommensteuer	Reduzierung in Aussicht gestellt	Anhebung Spitzensteuersatz von 42% auf 45% für Einkommen über 100.000 Euro bzw. von 45% auf 48% ab 250.000 Euro	Entlastung mittlerer Einkommen in Aussicht gestellt; Anhebung Reichensteuersatz von 45% auf 48% für Einkommen über 250.000 Euro	keine Steuererhöhungen	Senkung im unteren Bereich, Spitzensteuersatz 53% ab 70.000 Euro, 60% ab 260.533 Euro und 75% ab 1 Mio.
Vermögensteuer / Erbschaftsteuer	keine Vermögensteuer; keine Erhöhung der Erbschaftsteuer	1% auf Vermögen ab 2 Mio. Euro; striktere Erbschaftsteuer	1% für „sehr hohe Vermögen“; Erbschaftsteuer soll reformiert werden (Mindestbesteuerung)	keine Vermögensteuer; keine Erhöhung der Erbschaftsteuer	1% ab 1 Mio. Euro Vermögen pro Person, 5% ab 5 Mio. Vermögen; Erhöhung der Erbschaftsteuer für hohe Vermögen
Solidaritätszuschlag	schrittweise Abschaffung	keine Abschaffung	keine Abschaffung	vollständige Abschaffung	keine Abschaffung
Unternehmensbesteuerung	Einbehaltene Gewinne sollen it max. 25% belastet werden. Verbesserte Abschreibungen für digitale Zukunftstechnologien.	Vorstoß für EU-weite Mindestbesteuerung von Unternehmen in Höhe von 25%	keine Änderungen	Unternehmenssteuerlast auf 25% begrenzen, Gewerbesteuer abschaffen; globale Mindestbesteuerung einführen.	Körperschaftsteuer auf 25% anheben
Finanztransaktionsteuer	Europäische Finanztransaktionsteuer angestrebt	Europäische Finanztransaktionsteuer angestrebt	Einführung geplant; wenn möglich EU-weit		0,1% bei jeder Transaktion
Andere Maßnahmen				Abgabenquote unter 40, Bagatellsteuern abschaffen	

	CDU/CSU	Grüne	SPD	FDP	Die Linke
Arbeit & Soziales					
Mindestlohn	keine Änderung	Anhebung auf 12 Euro	Anhebung auf 12 Euro	keine Änderung	Anhebung auf 13 Euro
Rente	keine wesentlichen Änderungen, Einsetzung einer Reformkommission, „Neustart“ der privaten Vorsorge	Festhalten an Rente mit 67. Öffentlich verwalteter Bürgerfonds, der nach ESG-Kriterien anlegt und in den alle einzahlen.	Festhalten an Rente mit 67; Einführung einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge nach schwedischem Vorbild	Flexibilisierung des Renteneintrittsalters, Einführung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge („Aktienrente“)	Stärkung der gesetzlichen Rente
Krankenversicherung	keine wesentlichen Änderungen	Einführung einer Bürgerversicherung für alle; alle Einkunftsarten sollen berücksichtigt werden.	Einführung einer Bürgerversicherung für alle; alle Einkunftsarten sollen berücksichtigt werden.	Leichter Wechsel zwischen PKV und GKV	Einführung einer Gesundheitsvollversicherung, Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze
Andere Maßnahmen				Zusammenfassung (fast) aller Sozialleistungen zu einem „liberalem Bürgergeld“ mit Negativsteuer.	Einführung einer Mindestsicherung von 1.200 Euro pro Monat
Staatsausgaben					
Schuldenbremse	Rückkehr zur deutschen Schuldenbremse, ausgeglichenen Haushalt so schnell wie möglich.	Schuldenbremse soll auf Zinslast abstellen; Investitionen sollen von Schuldenbremse ausgenommen werden.	verfassungsrechtlichen Spielraum ausschöpfen	Verschärfung: Versicherungsfremde Leistungen der Sozialversicherungen sollen aus dem Bundeshaushalt bestritten werden. Rückführung der Staatsschulen auf 60% des BIP so schnell wie möglich.	Abschaffung der Schuldenbremse; bis dahin Flexibilisierung
öffentliche Investitionen	Digitalisierung der Verwaltung „Modernisierungsjahrzehnt“, intelligenter investieren	zusätzliche öffentliche Investitionen von 500 Mrd. Euro verteilt auf zehn Jahre; Steigerung der Ausgaben (öff. und privat) für Forschung und Entwicklung auf 3,5% des BIP bis 2025	Beibehaltung von 50 Mrd. Euro pro Jahr für öffentliche Investitionen, Steigerung der Ausgaben (öff. und privat) für Forschung und Entwicklung auf 3,5% des BIP. staatlicher Fonds für Wagniskapital	25% des BIP für Investitionen, in erster Linie privat; mehr Investitionen in Bildung	10 Mrd. für den Breitbandausbau
Wirtschaftspolitik					
generelle Ausrichtung	Entfesselungspaket für die Wirtschaft; Entbürokratisierung; Modernisierungsjahrzehnt	sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft	Klimawandel sozialverträglich ausgestalten		
Wohnungsmarkt	ökologischeres Bauen; sozialen Wohnungsbau weiter fördern; Freibetrag für Grunderwerbsteuer; kein Mietendeckel	ökologischeres Bauen; Schärfere Mietpreisbremse, auch für Gewerbemieten	Schärfere Mietpreisbremse, auch für Gewerbemieten	Mietpreisbremse abschaffen; schnellere Baugenehmigungen; Freibetrag für Grunderwerbsteuer	Mietpreisbremse verschärfen; Große Immobiliengesellschaften enteignen und Wohneigentum vergesellschaften
Digitalisierung	Digitalisierung vorantreiben			Bundesministerium für Digitalisierung	„für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt“.

	CDU/CSU	Grüne	SPD	FDP	Die Linke
Europa					
weitere Integration	Weitere Integration	Ausbau zur Sozialunion; Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung, Einführung eines europäischen Investitionsfonds	Weitere Integration zur Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion, einheitliche Mindeststandards bei den sozialen Sicherungssystemen.	Ziel einer gemeinsamen Verfassung für einen europäischen Bundesstaat	
Fiskalregeln	Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) soll wieder gelten	Reform des SWP	Weiterentwicklung des SWP zu einem Nachhaltigkeitspakt; keine Kürzungspolitik	Rückkehr zum SWP und strikte Anwendung	keine Rückkehr zum SWP
Aufbau und Resilienzprogramm (ARP)	ARP soll einmalig bleiben, kein Einstieg in eine Schuldenunion	ARP soll verstetigt werden	Fortführung der begonnenen Investitionspolitik	ARP soll einmalig bleiben, kein Einstieg in eine Schuldenunion	zusätzliche 1-2 Billionen Euro für das EU Budget durch eigene Anleihen.
Fortentwicklung Eurozone	Bankenunion vollenden	Bankenunion vollenden; ESM soll zu einem Europäischen Währungsfonds umgebaut werden, um kurzfristige Kredite zu vergeben.	Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung	ESM soll zu einem Europäischen Währungsfonds umgebaut werden, um Programme und Auflagen zu kontrollieren.	EZB soll Staatsfinanzierung betreiben dürfen; EZB soll der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden.
Außenpolitik					
Wehretat	2%-Ziel einhalten				Reduzierung des Wehretats um mindestens 10%
China	„Größte sicherheitspolitische Herausforderung“; China ist „Wettbewerber, Kooperationspartner, aber auch systemischer Rivale“.	China ist „Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale“		Beziehungen zu China sollen vertieft werden; EU-China-Investitionsabkommen ist ein erster Schritt	Ablehnung der „Feindbilder Russland und China“.

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf
<https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>
<https://www.spd.de/zukunftsprogramm/>
https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_2.pdf
<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>